

Verfassungsgericht bremst den "Schnüffelstaat"

Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe schränkt die geplante Vorratsspeicherung ein.

Eine herbe Schlappe für die Bundesregierung: Die **Telefondaten dürfen zwar gespeichert, aber nur in Ausnahmefällen von den Ermittlern verwertet werden.**

Das Bundesverfassungsgericht (BVG) hat den Zugriff von Ermittlern auf Telefon- und Internetdaten stark eingeschränkt. Per Eilbeschluss ordneten die Richter in Karlsruhe am 19. März 2008 an, dass Informationen aus der umstrittenen Vorratsdatenspeicherung **nur noch beim Verdacht auf schwere Straftaten** an die Behörden weitergeleitet werden dürfen. **Die umstrittene Speicherfrist von sechs Monaten bleibt dagegen bis zur Entscheidung im Hauptverfahren erhalten.**

Für die Bundesregierung bedeutet die Entscheidung einen neuen Rückschlag aus Karlsruhe. Die obersten Richter hatten zuletzt eine ganze Reihe von Sicherheitsgesetzen aus Bund und Ländern kassiert oder stark beschnitten etwa den Großen Lauschangriff, das Luftsicherheitsgesetz, die Rasterfahndung, die Online-Durchsuchung und die automatische Nummernschild-Erfassung. Der Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung, ein Zusammen-



Beschwerden erfolgreich

schluss von Bürgerrechtlern der die Klage in Karlsruhe initiiert hatte, forderte unterdessen den Rücktritt von Justizministerin Brigitte Zypries (SPD). Zypries habe die Datenspeicherung unter Verstoß gegen klare Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts durchzudrücken versucht, erklärte der Arbeitskreis. **"Dieser vorsätzliche Verfassungsbruch macht sie als Bundesjustizministerin untragbar."** Der Datenschutzbeauftragte Peter Schaar begrüßte die Entscheidung. Die Karlsruher Richter hätten das verfassungsrechtliche Risiko der Datenspeicherung "reduziert".

Die Richter warnten, eine umfassende und anlasslose Speicherung sensibler Daten könne die Bürger erheblich einschüchtern. Da das Gesetz, das zur Terrorabwehr geschaffen wurde, auf einer EU-Richtlinie beruht, hätten sie aber

nur prüfen dürfen, ob schwere und irreparable Schäden drohten. Dies sei bei der Datenspeicherung allein nicht der Fall. Würden die Informationen aber abgerufen, stelle dies einen schweren Eingriff ins Telekommunikationsgeheimnis dar.

Gespeichert werden angerufene Telefonnummern und Empfänger sowie Absender von E-Mails. Ermittler könnten sich so weitreichende Kenntnisse über die sozialen Kontakte eines Menschen verschaffen, erklärten die Richter. Daher dürften Behörden die Daten nur bei Verdacht auf schwere Straftaten wie Mord, Geldwäsche oder Bildung einer terroristischen Vereinigung erhalten - und auch nur dann, wenn sie anders nicht vorankämen. Der Eilbeschluss gilt zunächst für ein halbes Jahr.

Für das Hauptsacheverfahren zeigte sich Datenschützer Schaar optimistisch, dass die Richter die Vorratsdatenspeicherung kippen werden. Zunächst würden sie aber das Urteil des Europäischen Gerichtshofes über die EU-Richtlinie abwarten, gegen die Irland geklagt hat. Schaar geht davon aus, dass die europäischen Richter die Regelung aus formalen Gründen für nichtig erklären werden.

(Az.: 1 BvR 256/08)
Infos: www.verfassungsbeschwerde.vorratsdatenspeicherung.de (Alp)

Neues zum

"Sozial-Ticket"

Dortmund und Köln haben es !

Sachstand üstra/GVH Hannover ?

siehe Seite 2

fairKauf eG in Hannover

Flohmarkt oder was ?

Hannovers Secondhand-Kaufhaus

aus der Sicht von ALG-II-ern

siehe Seite 6

Fortsetzung Berufungs-Prozess

"Offenes Mikrofon"

beim Landgericht Hannover,

Mi. 09.04.2008 um 9.00 Uhr

siehe Seite 5

Direkt oder indirekt betroffen ? - Erwerbslos ? - ALG-II- oder Sozialgeldempfänger ?

Zu Risiken und Nebenwirkungen empfehlen wir den solidarischen Zusammenschluss, Aufnahme des Kampfes in Gruppen, in denen sich Gleichgesinnte bereits zusammengeschlossen haben. **Kontakte siehe letzte Seite**

@l p t r a u m - eine kostenlose Zeitung der Projektgruppe gegen die Agenda 2010

Wir treffen uns z.B. jeden Montag 18.00 Uhr bei der Montagskundgebung am Schillerdenkmal.

MitstreiterInnen sind herzlich willkommen !

www.alptraum.org - info@gegen-sozialabbau.de

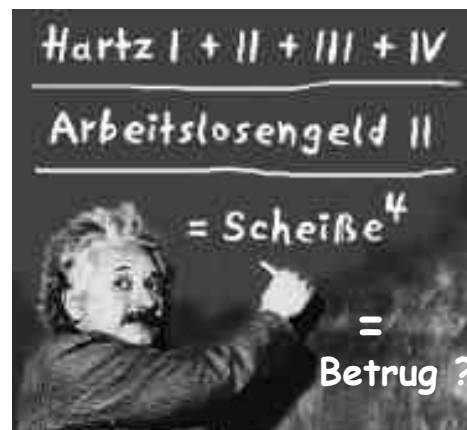


Start zu Untersuchungen zum Sozialtarif in der Region Hannover ?

Frühestens im April 2008, so eine Auskunft, würden die Untersuchungen eines Marktforschungsinstitut beginnen. Eine schriftliche Erhebung der Daten z.B. durch Briefabfrage sei nicht möglich, da die Anschriften der Berechtigten dem privaten Institut nicht zugänglich gemacht werden dürften ? @lptraum verweist in diesem Zusammenhang auf die praktizierte Studie zum Sozialticket in Köln, die durch persönliche Abfragen auf freiwilliger Basis am Wohnort der Berechtigten stattfand und die verwertbare Ergebnisse zeigte. Hannover scheint umständlicher an die Sache heranzugehen. Die Erhebung soll durch persönliche Ansprache der möglichen Berechtigten bei ihren Besuchen der JobCenter bzw. Sozialämter erfolgen. Schwierig insoweit, weil es nur dann eine Pflicht zum Besuch der Ämter gibt, wenn zuvor schriftliche Einladungen erfolgten. Aufgrund der hohen Fahrpreise und der Pflicht zur Terminvereinbarung wird wohl niemand aus freiwilligen Stücken zu einem der Ämter fahren. Die geplante Befragung in den Ämtern erscheint @lptraum nicht zielführend, da auf diese Weise nur ein kleiner Teil der ca. 105.700 Berechtigten erfaßt werden. Die Befragung hat die Zielsetzung, u.a. festzustellen, ob Berechtigte sich bei einem Preis von ca. 20,-€ entschließen würden, eine Monatskarte zu kaufen und wie sich mit dieser gewonnenen Mobilität das

Nutzerverhalten ändern würde. 20,-€ ist, um falschen Hoffnungen vorzubeugen, nicht das erstrebte Preisziel. Das Sozialbündnis Hannover erhofft 15,-€. Die Umfrage soll auch die Schmerzgrenze ermitteln, zu der überhaupt noch Monatskarten gekauft werden. Auch wird abgefragt, wie das bisherige Fahrverhalten sich zu einem Fahrverhalten mit dem Sozialtarif verändern würde. Eigentlich nur die üblichen und relevanten Informationen, die Dienstleistungsanbieter stets zu dem Nutzerverhalten ihrer Klientel benötigen. Hoffen wir, dass ein repräsentatives Ergebnis rechtzeitig ermittelt werden kann. Die Region Hannover könnte damit noch vor der Sommerpause die Entscheidungsgrundlage zu den Kosten und zu der Akzeptanz zu einem von allen gewünschten Sozialticket umsetzen. Wiederholte Anfragen von @lptraum an die politischen Entscheidungsträger mit dem Willen zu einem Sozialtarif sind durchaus positiv beantwortet. Die üstra selbst, vertreten durch ihren Pressesprecher Udo Iwanek befürwortet die Steigerung der Mobilität aller Bürger, so dieses kostenneutral geschehe. Der Sozialausschuss der Region hat am 22.11.07 zur Vorlage bei der Regionsversammlung die Einführung eines Sozialtickets empfohlen. Dieser Empfehlung folgte am 18.12.2007 die Regionsversammlung mit einem Beschluss zur Einführung eines Sozial-

tickets. Das Projekt Sozialticket ist begonnen. Die Fakten zur Kostengestaltung werden gesammelt. Das Projekt ist vorerst auf zwei Jahre angelegt, die aktive Ausrichtung erfolgt zum Fahrplanwechsel Dezember 2008, wird auch wissenschaftlich begleitet. @lptraum wird auch weiterhin aufmerksam begleiten, berichten. Mittlerweile hat auch Asphalt, die soziale Straßenzeitung, das Thema Sozialticket als Dauerthema in ihr Magazin aufgenommen. Wir alle möchten eine bezahlbare Mobilität für alle. (Alp)



@lbert 1stein im @pril:
*"Wenn A für Erfolg steht,
 gilt die Formel $A = X + Y + Z$.
 X ist Arbeit, Y ist Muse,
 und Z heißt Mundhalten."*
(Albert Einstein 1879-1955)

Wir unterstützen die Erklärung des Sozialbündnis Hannover und treten für die Schaffung eines SozialTickets für Hannover ein:

DGB-Region Niedersachsen-Mitte, Ev.-luth.Industriefarramt (KDA), Redaktion Alptraum, Ev.-luth.Stadtkirchenverband Hannover, Arbeitslosen Zentrum Hannover (ALZ), ver.di Ortsverwerbslosenausschuss Region Hannover, Arbeitskreis Arbeitslose Linden, IG Metall-Erwerbslose Hannover, Kulturzentrum Pavillon (BI Raschplatz e.V.), Kabarettist Dietrich Kittner (KKK), Prof. Dr. Peter Grotthian (FU Berlin), Arbeitskreis "Recht auf Mobilität" Berlin, Werkstatt Süd, DROP IN - FixPunkt (Step), VVN / Bund der Antifaschisten e.V. Hannover, AStA Uni-Hannover, Leibniz Universität Hannover, Friedensbüro Hannover e.V., Diakonisches Werk Hannover, attac Hannover, Bündnis für Soziale Gerechtigkeit (BSG), Das Linksbündnis.Region Hannover, Die Linke.PDS Region Hannover, DKP Kreisvorstand Hannover, WASG Ortsverband Lehrte, Linksruck Hannover, Hannoversches Frauenbündnis, Förderverein Gartenhaus e.V., Sozialistisches Café Hannover, Türk.Kiosk Leinaustr.16, AllerWeltsLaden Linden, Marxistisch-Leninistische Partei (MLPD) Hannover, Arbeits- und Sozialberatungs-Gesellschaft e.V. (ASG), Bündnis Montagsdemo Hannover, Interkulturhaus Kargah e.V., Sozialinitiative Linden-Limmer e.V. (S.I.L.L.), Projektgruppe "Agenda-2010-kippen", Erwerbsloseninitiative Hannover-Nordstadt, Querkunst Hannover e.V., Bündnis Zukunft Hannover, Initiative "Offenes Mikrofon" Hannover, Prof. Rainer Roth (AG TuWas Frankfurt/M.), IG Metall-Erwerbslose Wolfsburg (ANW), Ratsgruppe Hannoversche Linke, SPD Linden-Limmer (Abt. Linden-Nord), Africa-Forum Hannover, Pogo-Partei Nds. (POP), radio flora - Hannovers Regionalsender: UKW 106,5 | Kabel 102,15 MHz

Kontakt: SozialTicket-Initiative Hannover, c/o KDA Industriefarramt, DGB Hannover, Redaktion @lptraum.

Impressum: "ALP-Traum" ist ein kostenloses Arbeitslosen-Zeitungsprojekt der Projektgruppe "Agenda 2010 kippen" Hannover

Beiträge: Erwin Stefaniuk (ErSt), Tel. 45 66 13, Heinz-Dieter Grube (HaDe), Tel. 34 21 21, mobil 0151 / 16 56 24 31

@lptraum-Redaktion (Alp) - Fotos / Beiträge / Gastbeiträge: Dolf Mielenhausen (DoMi), Tel. 16 22 361

Druck im Selbstverlag, verantwortlicher Redakteur: Heinz-Dieter Grube, Schützenstr. 12, 30161 Hannover

www.alptraum.org, Tel. 0511 / 34 21 21, Fax 0511 / 34 23 23, Email: info@gegen-sozialabbau.de

@lptraum erscheint monatlich, Auflage: 400 - 2500, ist frei von gewerblichen Anzeigen und Werbung

Spendenkonto: H.- D. Grube, Kto. Nr. 249 437 818 4 BLZ 201 100 22 Postbank Hamburg

Hinweis: Bei diesem Konto handelt es sich um ein der Redaktion Alptraum zur Verfügung gestelltes Sparsbuch.

Wir erhalten bei Zahlungseingang keine Information, wer überwiesen hat. Spendenquittungen sind nicht möglich.

Bei Spendeneinzahlung, z.B. für Porto, Zusendung von Papierausgaben Alptraum, bitte per Email Hinweis geben. Danke.

33 üstra-Prüfer + 28 protecService-Prüfer: Schwarzfahren? - Nein Danke!



Wer hilft in Hannover den Hartz-IV-Betroffenen ?

ASG, Walter-Ballhause-Str. 4	Termin vereinbaren, 44 24 21
ALZ, An der Christuskirche 15	Termin vereinbaren, 167 686-0
IG Metall, Postkamp 12	Termin vereinbaren, 124 02-45
ver.di, Goseriende 10	Termin vereinbaren, 12 400-0
SoVD, Herschelstr. 31	Termin vereinbaren, 70 14 8-21
SVdK, Rote Reihe 15	Termin vereinbaren, 1 31 72 20
pro familia, Goseriende 10	Termin vereinbaren, 36 36 06
[ka:punkt], Gruppenstraße 8	Termin vereinbaren, 27 07 39-0

Zu Risiken und Nebenwirkungen: Erwerbsloseninitiativen befragen!
 Die "freien" Beratungsstellen sind finanziell und politisch unter Druck gesetzt, erheben Gebühren. Sie sind oft sogar selbst die Träger von 1-Euro-Job-Zwangseinrichtungen!

@lptraum-Studie: "Ausgegrenzt und abgefunden?" - Innenansicht der Armut

Eine "Innenansicht der Armut" hat jüngst das Sozialwissenschaftliche Institut der EKD (Evangelische Kirche in Deutschland) vorgelegt. Es handelt sich um eine empirische Studie zum Erleben von Armut. Sie belegt ein "skandalöses Auseinanderdriften der Gesellschaft" sagte Professor Gerhard Wegner, der Leiter des Instituts. Befragt wurden Hartz-IV-BezieherInnen und Ein-Euro-Jobber im Hamburger Stadtteil Wilhelmsburg (Elbinsel). "Stellen Sie sich vor, Sie werden wach und ein Wunder ist geschehen...", so habe sie die Gruppendiskussion angestoßen, berichtete Claudia Schulz, die Autorin der EKD-Studie. Es sei dennoch schwer gewesen, mit den Menschen ins Gespräch über ihre Armut oder die Hoffnung auf gesellschaftliche Teilhabe zu kommen. "Sie hatten kaum Zeit, über ihre Situation nachzudenken, weil sie sich um ihren Lebensunterhalt kümmern mussten", erklärte Schulz.

Viele lehnten zunächst das "Träumen" ab, ihre Situation zwingt sie, davon keinen Gebrauch zu machen. Erst in der Gruppe hätten sie erfahren, dass sie damit nicht allein seien. Diese Erfahrung beinhaltet zugleich die Gefahr des Gefühls, dass ohnehin alles sinnlos sei. **Vor allem Frauen, so Schulz, spürten, dass das Arbeitslosengeld eine "Abfindung" sei, um keine Ansprüche mehr zu stellen. Denn vom vielbeschworenen "Fördern und Fordern" bleibe nicht viel, wenn es keine Aussicht auf Arbeitsplätze gebe.** - "Inzwischen sollen in Hamburg-Wilhelmsburg mehr Sozialarbeiter als Kampfhunde herumlaufen."

(Quelle: DIE ZEIT 21.04.2005)
 Einen "Traum" hegten die Befragten fast durchgängig: Sie würden gerne einmal mit ihrer Familie das Musical "Der König der Löwen" besuchen. (Theater im Hafen Hamburg seit 2001, Tickets ab 40,87 € bis 151,37 €). Das habe aber

nicht etwa zum Protest gegen die hohen Eintrittspreise geführt. Vielmehr habe sich das Gefühl breitgemacht, dass nur wer arbeitet ein Recht auf den Besuch des Musicals habe.

An anderen Stellen hatte Schulz aber auch "Ressourcen" ausfindig machen können, etwa bei den Familien, die Himmel und Hölle in Bewegung setzten, um endlich eine schimmelfreie Wohnung zu bekommen. Die Studie kommt schließlich zu der Erkenntnis, dass es eines Anstoßes von außen bedürfe, damit sich diese Menschen aus ihre Lage selbst befreien können. In diesem Sinne bietet die Studie wertvolle Hilfe bei der Suche nach Strategien kirchlicher und diakonischer Unterstützung.

(Quelle: EZ) Claudia Schulz: "Ausgegrenzt und abgefunden?", Münster 2007, ISBN: 3-8258-0940-9, 19,90 €uro.-

Infos: www.ezonline.de (Alp)

LSG Celle: Mehr Wohngeld für Hartz-IV-Empfänger erstritten

Obdachlosigkeit vermeiden !



Ein Hartz-IV-Empfänger hat ein höheres Wohngeld erstritten. Das Landessozialgericht in Celle erhöhte am 11. März 2008 die vom Kreis Celle zu übernehmenden Wohnkosten einer dreiköpfigen Familie aus Unterlüß um zehn Prozent auf 451 €uro. Die zugrunde gelegte Wohngeldtabelle sei von 2001 und damit veraltet, begrün-

deten die Richter. Zudem rechneten sie nun die erheblich gestiegenen Nebenkosten mit ein. Ähnlich hatte das Gericht bereits am 24. April 2007 in einem Verfahren gegen die Region Hannover entschieden: LSG Nds.-Bremen, Az.: L 7 AS 494/05

Die Region Hannover hatte daraufhin ihr Wohngeld angehoben.

(@lptraum berichtete 05/07)

Die Familie muss für ihre Drei-Zimmer-Wohnung (94 Quadratmeter) in Unterlüß rund 500 €uro zahlen. Der Kreis Celle hatte ihr Unterkunftskosten von 270,85 €uro bewilligt. Dagegen hatte die Familie vor dem Sozialgericht Lüneburg geklagt und eine Aufstockung auf 410 €uro erreicht. Weil dies nicht reichte, legte der Familienvater nun erfolgreich Berufung

ein. "Der Landkreis hat keinerlei Daten vorgelegt, die gerichtlich verwertbar sind", sagte der Vorsitzende Richter Leandro Valgolio. Nach der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts (BSG) müssten Behörden in Orten ohne Mietspiegel aussagekräftige Daten vorlegen, aus denen sich die Miete berechnen lasse. Es genüge nicht zu erwähnen, dass es günstigere Wohnungen gebe, und die Betroffenen zum Umzug aufzufordern. Dies sei unzumutbar, sagte Valgolio. Die Mieter müssten sonst befürchten, ständig umziehen zu müssen, sobald die Behörde eine günstigere Wohnung finde. LSG Celle, Az.: L 7 AS 332/07 - www.sozialgerichtsbarkeit.de (ErSt)

Rot/Grüne SozialTicket-Mogelpackung ? 20 - 33 €uro statt geforderte 15 €uro?

Meldet Vorkommnisse mit Ämtern - wir veröffentlichen !

Beim nächsten Amts-Besuch, zum JobCenter, zum Sozialamt oder zum Wohnungsamt, empfiehlt das ArbeitslosenPresse-Traumteam, einfach Papier und Stift, auch einen Freund oder eine Freundin mitzunehmen, das Erlebte aufzuzeichnen, zu skizzieren. Es werden zu diesen Themen weiterhin kreativ-zornige AutorInnen bzw. Material-

SammlerInnen gesucht !

Greift zu eurer spitzen Feder !

Falls Ihr euch selbst als nicht so begabt einstuft, so liefert uns doch bitte gut fundierten Geschichtsstoff, der **den Wahnsinn der neoliberalen Politik** anhand sich tatsächlich zugetragenen Begebenheiten **aufzeigen und entlarven** kann.

Wichtig ist, dass wir den Lügen und

der gezielten Desinformation entgegenzutreten. Jeden 3. Dienstag im Monat 18.03-19.00 Uhr stellen wir als Redaktion "Politbüro" Öffentlichkeit auch im Bürgerfunk her. (Alp)

alptraum@radioflora.de



radio flora ((-
Hannovers Lokalradio

UKW 106,5 | Kabel 102,15 MHz

5 Jahre Agenda-Politik - Die Bilanz der Agenda 2010 ist verheerend

Fünf Jahre nach der Agenda-Rede des damaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder (SPD) hat das Erwerbslosen Forum Deutschland eine verheerende Bilanz der Reformen gezogen. Martin Behrsing, Sprecher des Erwerbslosen Forum Deutschland bezeichnete die Agenda 2010 als schlimmsten Auftakt des Sozialkollaps in der Nachkriegsgeschichte Deutschlands. Einzig für Finanz- und Großunternehmen sei die Agenda ein kapitaler Erfolg gewesen, indem trotz Rekordgewinne massiv Arbeitsplätze abgebaut und Hungerlöhne salonfähig gemacht wurden. Dank der Agenda gebe es heute wieder ein Heer von verarmten Menschen, stetig steigende Kinderarmut, Zweiklassen-Gesellschaft in Bildung und Gesundheit. "Die Folgen der Agenda 2010 sind dramatisch und zeigen mit Hartz IV und der nicht abnehmenden Zahl der Betroffenen, dass es die Sozialdemokraten

(und Grünen) waren, die dem Raubtierkapitalismus Tür und Tore geöffnet haben. Wer so die Heuschrecken förmlich eingeladen hat, darf sich heute nicht wundern, dass diese sich nicht an die soziale Marktwirtschaft oder den Schutz unserer Umwelt halten. Es liegt in der Natur des Kapitals, dass es weder Gewissen, noch soziale Verantwortung hat und hemmungslos die Ressourcen dafür benutzt", so Martin Behrsing. Die Initiative betonte, dass der wirtschaftliche Aufschwung nur auf die reduziert bliebe, die sich vorher schon kaum Gedanken über ihre persönliche Zukunft machen mussten. Sowohl für Erwerbstätige, als auch für das Heer der Erwerbslosen führe der Aufschwung dazu, dass wegen der Preissteigerungen noch weniger im Portmonee übrig bleiben würde. "Hartz IV, ein Teil der Angedapolitik, zeigt nur zu deutlich, wie hemmungslos sich Wirtschaftsunternehmen am Staat bedienen und nahezu resistent gegenüber allen

anderen gesellschaftlichen Verpflichtungen sind", so Behrsing.

Nicht nur das Erwerbslosen Forum Deutschland setzt sich für eine Abkehr von dieser verfehlten Politik ein. Auch **@lptraum** fordert in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik die Rücknahme der unmenschlichen Repressalien gegenüber Sozialleistungsbezieher. Eine Erhöhung der Sozialleistungen auf mindestens 500 Euro zuzüglich der Kosten der Unterkunft ist dringend notwendig. Selbstverständlich ist, dass ein menschenwürdiges Leben auch in Zeiten der Arbeitslosigkeit gesichert sein muss, dass die Löhne nicht unter das Niveau der staatlichen Hilfen sinken dürfen. Mit Einführung der 30-Stundenwoche, nicht durch Arbeitsverlängerung ist Arbeit für Viele erreichbar. Das Ziel: eine völlige Abkehr der Hartz IV-Ideologie. **Mit Vollzeitätigkeit (30 Std.) muss ein Leben ohne staatliche Zuschüsse möglich sein.** (Alp)

Die Mittelschicht schwindet. Die Essensausgaben erhalten Zulauf

Erstaunlicherweise sind derzeit in den TV-Talk-Runden neue(?) Erkenntnisse zur Armut in Deutschland eingeleitet. Es wird durchaus auch von den Medien erkannt, dass Menschen, die in Vollzeitbeschäftigung tätig sind, nicht mit ihren Einkommen mehr auskommen, obwohl das dringend geboten wäre.. Während bisher nur der "Standort Deutschland" und der "Ruin der Wirtschaft" durch Lohnabschlüsse über dem Inflationsniveau beklagt wurden, setzt sich Erkenntnis durch, dass immer mehr Menschen aus der Mittelschicht nicht aufgestiegen sondern abgestürzt sind. Und das dank der Hartz-Gesetze derart, dass ein Herauskommen aus der Misere gar nicht mehr möglich ist. Die Hannöversche Tafel kann derzeit den Zustrom bedürftiger Menschen nicht mehr ausreichend bewältigen. Es sind

bereits fast 1000 Berechtigte (ALG-II-Bescheid) registriert. Im 14 tägigen Rhythmus erscheinen in der Fischerstraße um die 140 Menschen. Das sind nicht alle der Berechtigten. Im Wechsel werden die bereits Registrierten nach ihren Registrierungsnummern von 1-970 oder 970-1 bedient. Aufgrund des hohen Andrangs bedeutet es für Viele, an bestimmten Tagen nicht mehr berücksichtigt zu werden, da insgesamt nur Lebensmittel für ca. 120 Berechtigte aufgeteilt werden, die oft bis zu 30 Neuzugänge vorrangig bedient werden. Wegen des Risikos, eventuell doch nichts zu erhalten, bleiben mittlerweile viele Berechtigte zu Hause, wollen nicht auch noch das Geld für ein Tagesticket ausgegeben haben, wenn die eigene Registrierungsnummer schlecht platziert ist und die Chancen hoch sind, nicht mehr berücksichtigt zu werden.

Ähnlich geht es beim Roten Kreuz in der Rampenstraße ab, bei der für 44 Menschen Tisch und Stuhl vorhanden ist, während der Öffnung um 13.00 Uhr aber eine viel größere Anzahl sich zum Mittagessen (50 Cent) einfinden. Auch hier ist durch die hohe Zahl der Bedürftigen oft der Zustand erreicht, dass die regulären Essen ausgegeben und vielleicht nur noch die Sättigungsbeilage oder gar nichts mehr gereicht werden kann. Die winterliche Essensausgaben in der Clements-Gemeinde ist Ende März. eingestellt, ebenso die Essensausgabe sonabends 14.00 Uhr in der Christuskirche Nähe Klagesmarkt.

Die Politik, die Reiche reicher macht, Arme in den Abgrund stürzt, sollte dringend aufhören ! Eigeninitiative wird mühsam, wenn die JobCenter eine Leistungsunterbrechung bereits vor Erhalt eigener Mittel vornehmen. (Alp)

Armut & Hunger: In Nds./Bremen gibt es derzeit 56 Tafeln... (Stand: 03.2008)

Fiese Tricks von Polizei und Justiz ? Fortsetzung im Landgericht ?

“Aufstehn gegen die Sozialräuber”, hieß das Motto der Montagsdemos, die zu Jahresanfang 2004 viele Menschen auf die Straße gebracht haben. Die Verbände bzw. die Parteien der SPD/GRÜNE/CDU-CSU/FDP/BDI-BDA und auch die PDS sind die Sozialräuber, die gemeinsam mit Schröder eine Politik des Sozialabbaus einläuteten. Diese verbündeten Sozialräuber, auf unseren Protestplakaten oft als die Panzerknacker dargestellt, hatten mit viel Geld diffamierende Kampagnen gestartet, auch teure Anzeigen in der gesamten Presse geschaltet, so dass nur noch Lobhudeleien zu der so genannten “Reformpolitik” Agenda 2010 und Diffamierungen gegen Erwerbslose publiziert wurden. Keine bürgerliche Zeitung berichtete mehr warnend über die geplanten und mittlerweile auch durchgesetzten Verschlechterungen der Lage von Millionen von Arbeitslosen, nicht über die negativen Auswirkungen der Gesundheitsreform. Es wurde “reformiert” und “reformiert”. Hauptsächlich gegen den Willen der Menschen in prekären Lage, die sich keine Lobbyarbeit kaufen können. Gesetze und Regeln werden stets von den Mächtigen und Herrschenden nur zu deren Nutzen gemacht und mit “Basta”-Politik und Druck auf die einzelnen “Volksvertreter” durchgepeitscht. Ob die heutigen in die Parlamente gewählten Abgeordneten noch nach ihrem Gewissen entscheiden können, oder ob sie überhaupt noch wissen, was ein Gewissen ist, man bekommt wirklich seine Zweifel an der Funktion der parlamentarischen Demokratie, an der Floskel: “Im Namen des Volkes”. Nach jahrelangem, meist erfolglosem Kampf gegen eine Politik, die regelmäßig und rücksichtslos Gerechtigkeitsregeln außer Kraft setzt, Beweislasten umkehrt, ehrliche Arbeit nicht mehr wertschätzt und auch Zwangsarbeit salonfähig macht, ohne dass die Presse auf derartige Missstände aufmerksam macht, sind auch viele Energien zum Protest der Betroffenen versiegt, sind es nur noch wenige Stimmen, die sich öffentlich gegen den Mainstream des Ignorierens wenden. So ähnlich, mag es mit dem Nationalsozialismus begonnen haben ? Ungerechtigkeit schlägt in Wahlverzicht um, radikale Gedanken verbreiten sich. Ohnmacht entsteht auch, wenn Polizei-Bürokraten bestimmen, wann eine freie Meinungsäußerung auf der Straße mit elektronischer Verstärkung hörbar sein darf. Eine einfache Auflage zum Verbot der Benutzung eines Lautsprechers ist



auch für verknöcherte Verwaltungsgereichte Anlass genug, lebendige Diskussionen in der Innenstadt Hannovers nicht zu fördern sondern zu verbieten. Ein schwieriges und auch kostenintensives Unterfangen, dieses nur für Hannover ausgesprochene Verbot auf Gerichtswegen wieder aufzuheben. Bis dahin gilt, dass der Einsatz einer Mikrofonanlage strafrechtlich verfolgt wird, bei der Montagsdemo die eingesetzten Polizei nicht, wie im Versammlungsgesetz vorgesehen, die Demo schützt. Im Gegenteil. Die Demo wird überwacht. Sobald die Anliegen der Demoteilnehmer hörbar wahrgenommen werden können, greifen die Polizisten ein, verhaften das Mikrofon und die das Mikrofon benutzenden Menschen. Großer Polizeiaufwand, große Strafprozesse um einen “Mückenschiss”. Mi. 09.04.2008 um 9.00 Uhr abermals ein Gerichtsprozess, bei dem überdies durch die “Beurlaubung” von Zeugen zum Prozess vom 27.03.2008 eine kostensteigernde Fortsetzung des Prozesses notwendig ist. Apropos Kostenersparnis. Festgebissen hat sich Richter Dr. Lüken an dem Zeugen, der auf sein Zeugengeld verzichtete, um die Prozesskosten (für die unterliegende Partei) niedrig zu halten. Die Aussagen dieses unabhängigen Zeugen, der am 5.2.2007 zufällig in das Geschehen um die Montagsdemo geraten war, belastete das Polizeihandeln erheblich. Geschildert wurde das Eingreifen der bis zu 25 eingesetzten Beamten als unangemessen und überzogen, auch als brutal und rabiat. Der Zeuge war offensichtlich durch die erlebte Härte des Einsatzes der Polizei gegen die freie und friedliche Versammlung zur Meinungsäußerung mithilfe eines Mikrofones in große Zweifel an der Gerechtigkeit auch vor diesem Gericht gebracht worden. Der Auftritt des Richters, das empörte Nachhaken zum Grund des Verzichts auf Erstattung von Auslagen, alles nur inszeniert um die klare Aussage des Zeugen zum überzogenen Polizeiübergreif am 5.02.06 herabzuwürdigen, den Zeugen als par-

teisch abzustempeln, um die Schöffen zu beeinflussen ? Dass Widerstand zur Pflicht wird, wenn Unrecht zu Recht erklärt wird - Polizei und Justiz der unteren Instanzen sind sich scheinbar einig im Bestreben: “Ruhe und Ordnung um jeden Preis !” Auch um den Preis der Aufgabe von Bürgerrechten ? Lärmbelästigung, die von jeder Veranstaltung ausgeht, ist immer gegen das Rechtsgut auf freie Meinungsäußerung abzuwägen. Prozessbeobachtung, auch beim Verwaltungsgericht gegen die Beschwerde zur Auflage, “Verstärkerbenutzung erst ab einer gewissen Teilnehmerzahl” zuzulassen, hat klar und deutlich festgestellt, dass es nicht einmal zu Protesten oder Beschwerden von Anwohnern gekommen sei. Das Mikrofon-Verbot, nur ein und auch nur von der Polizeiverwaltung in Hannover mit durchaus fiesem Tricks durchgesetzter Maulkorb-Erlass gegen friedliche Demonstranten, die prekarisiert nur die Straße und ansonsten keine Lobby als Ausdrucksform für ihre berechtigten Anliegen hat ? In anderen Städten gibt es Gerichtsbeschlüsse, wonach auch Einzelpersonen das Recht auf elektronische Stimmen-Verstärkung haben. **Warum interessiert es die Organe der Rechtspflege überhaupt nicht, ob das durch die Polizei mit einem Großeinsatz durchgesetzte Abschalten eines harmlosen Mikrofones ein Unrecht darstellen könnte ?** Die Polizei zählt bei den Demos selbstherrlich und nach einer nicht nachvollziehbaren Methode, ordnet willkürlich Menschen als Teilnehmer oder Nichtteilnehmer zu und verfälscht damit die Zahl der wirklich Interessierten. Ein Polizeiaufgebot wie zu einer Großdemonstration bei behaupteten nur 30 (friedlichen) Demonstranten ? Niemand der an der Demo Beteiligten kann bestätigen, Ansagen der Polizei vor deren Eingriff vernommen zu haben. Die Mikrofonanlage hätte klare Anweisungen an die Teilnehmer transportieren können. Absurd, den Mikrofoneinsatz zu verbieten und jetzt feststellen zu müssen, dass, egal wie viel Leute anwesend waren, eine Verständigung ohne Lautsprecheranlage gar nicht möglich war ? Wollte die Polizei gezielt Wut und Ohnmacht erzeugen, die Teilnehmer der Demo bewusst kriminalisieren ? (HaDe) **Mi. 9.4.08 um 9.00 Uhr LG Saal 2H2** Die Prozesse kosten (viel) Geld. **Spendenkonto Wiebke Koepsell** **Kontonr. 185 164 503** **Postbank BLZ 370 100 50**

Ex-Kanzler Schröder schuf die Agenda 2010 - Wir dagegen den @lptrraum

“Sozial“-Kaufhaus fairKauf, ein kommerzieller, überdachter Festpreis-Flohmarkt ?

“Ich habe den Eindruck, dass das ‘Sozial’-Kaufhaus fairKauf nichts weiter ist als ein überdachter kommerzieller Festpreis-Flohmarkt“, so die sichtbar verärgerte Stellungnahme zu dem von der Caritas, der Diakonie und dem Werkheim e.V. neugegründeten Kaufhaus in der Limburgstraße 1 in der City Hannovers. Mit großem Aufwand, mit Werbeschaltungen im üstra-TV in den Bussen und Bahnen rühmt sich Hannover damit, Armut zu unterstützen. Richtig gelesen. Armut wird mit dieser Einrichtung nicht abgeschafft, sondern ein wenig mehr normalisiert, gesellschaftsfähig gemacht. Es werden leider nicht gezielt und bevorzugt Bedürftige mit preiswerten Gütern versorgt. Nein. Die Bedürftigen brauchen sich nicht zu outen ? Selbst wenn sie es täten, es nützte nicht. Es ist z.Z. nicht vorgesehen. Für die wirklich Bedürftigen ist kein Sonderpreis, keinerlei Rabattierung vorgesehen. Da beim “Wareneinkauf”, das sind die täglich sichtbar dem Betrieb frei Haus gelieferte Spenden, keinerlei Einstandskosten anfallen, ist den in Armut lebenden Menschen nicht richtig einsichtig, dass diese Spenden nicht auch kostenfrei an nachweislich Bedürftige weitergereicht werden können. Der Verkauf zu den an die Ware gehefteten Preiszetteln (Festpreise) an die gut betuchte “Schnäppchenjäger“-Kundschaft füllt durchaus die Kassen, leert aber den zu Verfügung gestellten Bestand an Waren. Bisher konnten z.B. Kleiderspenden (mit einem Berechtigungsschein) in der Hagenstraße abgeholt werden. Jetzt geschieht dort eine Vorsortierung. Verkaufsfähige Bekleidung geht bevorzugt in das Kaufhaus. **Die Guten ins (Geld)-Töpfchen...?** Ähnliches passiert mit den Möbeln in der Büttnerstraße 6. Wertvoll oder Antik, die Preisauszeichnungen an den Möbeln sind oft abenteuerlich. Für Schnäppchenjäger oder Antiquitätenhändler oft ein Glücksgriff, Bedürftige sind dann außen vor. Es ist grundsätzlich nicht schlecht, Einnahmen für das Projekt zu erzielen. Die Preisbewertungen sind jedoch oft falsch, Antikes ist oft zu

Wir Sozialräuber



profitieren von der Armut,
von ARGEN-Billigarbeitsplätzen,

preiswert, gebrauchte “Rumpelware” ist oft zu teuer. Kataloge von Domäne, Poco o.ä. könnten Hilfen zur Preisgestaltung geben. Immerhin sind die angebotenen Einrichtungsgüter gebraucht, weisen oft Gebrauchs- oder Transportspuren auf. Vom Grundsatz ist es eine lobenswerte Idee, gebrauchsfähige Güter des Lebensbedarfes nicht wegzuerwerfen, sondern karikativ zu spenden. Die tägliche Karawane der Spender von Kleinartikeln ist beachtlich. Die Artikel können mangels Ausstellfläche oft gar nicht schnell genug zum Verkauf präsentiert werden. Mittlerweile besuchen täglich um 600 Interessierte das Kaufhaus, lassen durchaus mit um 2.000 Euro die Kassen klingeln. Eine erfreuliche Entwicklung. Das Kaufhaus ist inzwischen bekannt, wird angenommen. Sowohl von Spendern wie auch von Käufern. Inwieweit die erzielten Einnahmen bereits der sozialen Zweckbestimmung zugeführt werden ? @lptrraum beobachtet die Personalentwicklung in dieser Einrichtung, wird die Verantwortlichen dieser Trägereinrichtung und auch die vom JobCenter in Maßnahmen des Hauses überführten Mitarbeiter befragen, wird weiter aus dem Hause und den angeschlossenen Einrichtungen berichten. Mitarbeiter, die in den so genannten sozialen Einrichtungen nicht von den Repressionen der JobCenter befreit sind, die zu ihrer Tätigkeit immer noch eine aufstockende Sozialhilfe benötigen, sind sicherlich nicht so motiviert wie z.B. Ehrenamtliche, die finanziell abge-

sichert, gesellschaftliche Anerkennung und Aufgaben suchen. Projekte, von denen erfahrungsgemäß auch nur selten Übernahmeperspektiven ausgehen, können PraktikantInnen, die ohne Bezahlung für mehrere Monate von der BA in diese Massnahmen gezwungen sind, nicht begeistern. @lptrraum versucht weiterhin anzumahnen.

Das **Motto 1.Mai 2008 des DGB:**
“Gute Arbeit muss drin sein”.

Das heißt, selbstbestimmte, auch sozialversicherungspflichtige Arbeit mit der finanziellen Wertschätzung, davon auch leben zu können. Die Initiatoren (auch einige Unterstützer) dieses Projektes präsentieren sich als wohlwärtig, lassen sich in ihrer “Gutmensch“-Eigenschaft feiern. Es sind aber auch gleichzeitig die Menschen, die organisatorisch und auch politisch in der Lage wären, Armut nicht nur zu verwalten sondern auch mit der richtigen Verteilung des gesellschaftlichen Reichtumes anders zu ordnen. Bei der Umstrukturierung der Gesellschaft, in der Reiche immer reicher, Arme immer ärmer werden, sind die Organisationen der Gründungsmitglieder tief verstrickt, denn sie sind die Nutznießer der Zwänge, die auf Erwerbslose (und somit auch auf die noch Werkstätigen) ausgeübt werden. Kosteneinsparungen durch Entlassungen oder Nichteinstellung von Personal, bei den meisten sozialen Einrichtungen ist dieses eine der Ursachen, dass man sich als “Sozialräuber” betätigen kann, sich unter dem Deckmantel der Gemeinnützigkeit beliebig an kostenlosem Personal plus Geldern der Arbeitsverwaltung (ARGE) bedienen kann. Ein-Euro-Jobs, @lptrraum berichtete mehrfach, ist für die Betroffenen ohne Perspektive, bedeutet für die Träger jedoch lukrative Einnahmequellen. Inwieweit sich dieses Projekt in der Fairteilung der erwirtschafteten Mittel als sozial erweisen wird - Wir wollen der Entwicklung nicht vorgreifen, hoffen durch “kritische Begleitung” die Verantwortlichen stets zu mahnen, endlich auch die Bedürfnisse der Betroffenen und deren Sicht der Dinge einmal zu erfassen, zu berücksichtigen. (Alp)

Bisher kostenfreie Sozialgerichtsbarkeit wird zu Ungunsten Betroffener “reformiert”.

“Bewusst rechtswidriges Handeln der Behörden, 80% der Hartz-IV-Bescheide sind falsch”, so eine nicht nur in @lptrraum veröffentlichte Erkenntnis zu der Arbeit der BA bzw. der ARGEN und JobCenter. Daraus resultiert: “Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt !” Die Sozialgerichte müssen

unnötig oft in Anspruch genommen werden, da die ARGEN Selbstverständlichkeiten verweigern, oft nicht einmal mit einem Richterspruch richtige Bescheide erteilen. Die Flut der Klagen wollen Politiker eindämmen, indem die Rechte der (meist obsiegenden) Klagenden eingeschränkt werden. Die Gerichte dürfen

neuerdings Klagen bündeln, ähnliche Verfahren ruhen lassen. Nur wer sich aktiv z.B. bei der Klage um die Regelsatzhöhe an dieser beteiligt hat, wird nach Erfolg mit berücksichtigt ? Empfehlung: Musterformular von www.alptrraum.org downloaden, sich noch dieser Klage anschließen. (Alp)

GVH-Kurzstreckenticket: 1,30 € (Stadtbahn: 3 Stationen / Bus: 5 Stationen)

Zwei @lptraum-Lesetipps nicht nur für Gewerkschaftler im April:

Tipp 1: "Praktischer Sozialismus" - Antwort auf die Krise der Gewerkschaften



Die Krise der alten Arbeiterbewegung wäre zugleich das Ende der Hoffnung auf einen Neuanfang, wenn nicht gewagt würde, ihr mit einer Selbstkritik zu begegnen, die der Tiefe des Einbruchs und der Schwere des Urteils, die von der Geschichte über sie verhängt wurde, gerecht wird. Stattdessen scheint sich in dieser historischen Stunde wieder einmal der Trotz als das letzte Mittel dessen zu bewähren, der sich in der Sache selbst widerlegt weiß. **"Wir reklamieren den Inhalt der Geschichte" (Engels) der Arbeiterbewegung.**

Wenn hier behauptet wird, dass die Krise der Gewerkschaften in ihrem Strukturkonservatismus gründet, dann ist das keine neoliberale Denunziation hart erkämpfter sozialer Errungenschaften, sondern richtet sich an die Kolleginnen und Kollegen und an die Genossinnen

und Genossen, für die gewerkschaftliche Arbeit und Politik im Zentrum nicht ideologische Auseinandersetzungen sondern Lösungsversuche realer gesellschaftlicher Probleme sind. Aufgrund der Tatsachen, aufgrund der Enthüllung des sie verschleiernenden Mystizismus und des Begreifens der gesellschaftlichen Praxis bietet sich ein gegenwärtiges *tertium datur* in der Geschichte der Arbeiterbewegung.

Das was in diesem Essay in Anlehnung an den dissidenten Marxisten Karl Korsch **"Praktischer Sozialismus"** genannt wird. - Hrsg. Hans-Jürgen-Krahl-Institut e.V., Pahl-Rugenstein-Verlag, 01/2008, ISBN: 978-3-89144-398-9, broschiert, 44 Seiten, 4,95 Euro. Die Broschüre kann auch für 5 Euro inkl. Porto direkt beim HJKI bestellt werden: www.hjki.de (ErSt)

Tipp 2: Jahrbuch für die Gewerkschaften: "werden 2008" - Hat Solidarität Zukunft ?

50 Jahre "werden", 50 Jahre politische Debatten und neue Impulse aus Gewerkschaften, Politik und Gesellschaft. **Das werden-Jahrbuch für die Gewerkschaften blickt in seiner aktuellen Ausgabe 2008 in die Zukunft:** Bekannte Persönlichkeiten aus Politik, Gesellschaft und Kultur antworten auf die Frage: **"Hat Solidarität Zukunft?"** Prominente Autorinnen und Autoren beschreiben in ihren Beiträgen, was sich verändert, was sich verbessert hat - in der Arbeitswelt, in der Sozialpolitik, bei nachhaltigen Strategien und in der zunehmend globalisierten Wirtschaft und Gesellschaft. Im Jahrbuch **"werden 2008"** schreiben der DGB-Vorsitzende Michael Sommer über die gewerkschaftliche Erfolgsstory "Gute Arbeit" und der IG Metall-Vorsitzende Berthold Huber

über das Vermächtnis Otto Brenners. Franz Alt skizziert das Ende des Öl- und den Beginn des Solarzeitalters. SPD-Umweltminister Sigmar Gabriel, der stellvertretende EGB-Generalsekretär Reiner Hoffmann, der ehemalige IG Medien-Vorsitzende Detlef Hensche, der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske, DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach und Wolfgang Lieb, Mitherausgeber der Nachdenkseiten (www.nachdenkseiten.de) gehören zu den weiteren AutorInnen dieser Jubiläumsausgabe. Außerdem zeigt **"werden 2008"** gewerkschaftliche Plakate der letzten 50 Jahre und eine Übersicht über das jeweilige 1.-Mai-Motto des DGB von 1950 bis heute. Einzel Exemplare von **"werden 2008"** können gegen einen Unkostenbeitrag

von 6 Euro beim einblick-Verlag bestellt werden. Telefon: 030/30882440 E-Mail: redaktion@einblick.info (ErSt)



enercity-Stadtwerke-Bilanz 2007: 110,4 Millionen € Gewinn...

(K)ein enercity-Aprilscherz: Gas 7,1 % und Strom 8,8 % ab 1. April teurer !

Heraus zum 1. Mai: "Gute Arbeit muss drin sein" Klagesmarkt Hannover

Armut & Hunger: In Nds./Bremen gibt es derzeit 56 Tafeln... (Stand: 03.2008)

Unterstützt unsere ehrenamtliche Arbeit. Spendenkonto:

H.-D. Grube, Kto. Nr. 249 437 818 4 BLZ 201 100 22 Postbank Hamburg

Hinweis: Bei diesem Konto handelt es sich um ein der Redaktion Alptraum zur Verfügung gestelltes Sparguthaben. Wir erhalten bei Zahlungseingang keine Information, wer überwiesen hat. Spendenquittungen sind nicht möglich. Bei Spendenzahlung, z.B. für Porto, Zusendung von Papierausgaben Alptraum, bitte per Email Hinweis geben Danke.



DB-Niedersachsen-Ticket: 5 Leute. 1 Tag. 27 €uro. Nds.-Ticket Single: 19 €uro.

